

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

26. Jahrgang

Wegungspreis vierteljährlich 60 Pf.  
monatlich 20 Pf., ohne Bestellgeld

Köln, den 19. Juli 1930

Erscheint vierteljährig Samstag  
Eingelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 15

## Die Reform der Krankenversicherung

Schon lange lobt der Kampf um die Sozialversicherung. Er scheint augenblicklich seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Die Schwierigkeiten, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, im Verein mit der kritischen, wirtschaftlichen Lage, drängen gebieterisch dazu, alle überflüssigen Ausgaben in Staat und Wirtschaft zu beseitigen. Nach Ansicht vieler Leute sind nun unsere sozialen Versicherungen — vorab Arbeitslosen- und Krankenversicherung — die überflüssigsten Einrichtungen. Es ist daher erklärlich, daß sich der Hauptsturm gegen diese beiden unentbehrlichen Einrichtungen wendet. Über Ursache und Zweck dieses Kampfes wurde schon sehr viel und eingehend geschrieben. (Siehe auch „Graphische Stimmen“ Nr. 14, Nr. 13, Nr. 5 u. a. D.) Unter dem Vorwande des Sparen-Wollens soll die Sozialversicherung zerschlagen werden, um damit die Arbeiterschaft in den bescheidenen Notzeiten der Willkür einer reaktionären Unternehmerrichtungs preiszugeben. Auf diesem Umwege hofft man dort die Voraussetzungen zur erdünftigen Erledigung der Gewerkschaften schaffen zu können.

Schon die verlassene Reichsregierung unter der sozialistischen Führung Müller-Bisell legte den interessierten Kreisen Vorschläge für eine Reform der Krankenversicherung vor. Nebenbei bemerkt, mit der etwas fäuligen Behauptung, daß der amtierende Reichsarbeitsminister Bisell sich nicht mit diesen Vorschlägen gleichstelle, noch überhaupt Kenntnis davon habe. Diese Vorschläge deckten sich in weiten Teilen mit dem jetzt vorliegenden Entwurf. Interessant ist ferner, daß der sozialistische „Hauptverband Deutscher Krankenkassen“ schon auf seiner Tagung vom 5. bis 7. August 1928 unter anderem auch folgende grundsätzliche Forderungen erhob:

„Drei Wartetage für Krankengeld.

Zulässigkeit von Satzungsvorschriften, wonach arbeitsfähige Kranke bis zu einem Viertel an den Arzt-, Arznei- und Heilmittelkosten (durch Erhebung von Gebühren für Entnahme von Krankenscheinen) beteiligt würden.“

Inzwischen erfolgte noch ein Vorstoß der deutschen Arbeitgeberverbände. In der be- „rühmten“ Denkschrift „Die Reform der Sozialversicherung eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ wurde der Abbau der deutschen Sozialversicherung als Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens hingestellt. Die Krankenversicherung sollte als Kernstück einer derartigen Reform gelten; denn — sagt die Denkschrift — „bei keinem Zweige der Sozialversicherung ist die fortgesetzte Steigerung der Aufwendungen so stark wie hier“. Die Ursache dieser gewaltigen Steigerung sei die gesunkene Volksmoral. Deshalb empfahl die Denkschrift Beteiligung der Versicherten an den Kosten und einen so radikalen Leistungsabbau, daß er einer Zertrümmerung der Krankenversicherung gleichgekommen wäre.

Diese Vorgeschichte muß bei Betrachtung der ganzen Vorgänge beachtet werden, weil die gesamte Linkspresse den vorliegenden Entwurf restlos Steigerwald in die Schuhe schieben möchte. Dabei steht fest, daß durch die Vorschläge des sozialistischen Hauptverbandes deutscher Krankenkassen der Arbeitgeberdenkschrift erst das Material geliefert wurde! Es wären demnach von den Sozialisten zumindest keine besseren Vorschläge zur Gesundung der Krankenversicherung gekommen. Sie zogen es aber vor, sich rechtzeitig von der Verantwortung für die notwendige Reform zu drücken.

Die jetzige Regierung mußte nun — mit diesen alten Vorschlägen belastet — unter dem Druck einer ganz miserablen Finanzlage an die Reform herangehen. Dabei muß ihr bei aller berechtigten Kritik immer noch das Streben zugestanden werden, daß sie das Schlimmste abzuwehren suchte.

### Die neue Novelle

umfaßt etwa 53 Punkte. Das Wesentlichste soll kurz besprochen werden.

Ein Hauptargument gegen die Krankenkassen war immer der Vorwurf, daß Gelder für sogenannte Kurusbauten verschleudert würden. Dem

soll nun begegnet werden dadurch, daß die Erwerbung von Grundstücken, sowie die Errichtung von Gebäuden über einen vom Reichsarbeitsminister festgelegten Betrag hinaus nicht mehr von den Aufsichtsbehörden, sondern nur noch vom Reichsversicherungsamt genehmigt werden darf. Ob dadurch wirklich Ersparnisse möglich sind, steht dahin. Es ist zu befürchten, daß durch Erhebungen, Ortsbesichtigungen und dgl. Speßen und Kosten anfallen, die den allenfalls ersparten Betrag übersteuern.

Die freiwillige Weiterversicherung soll eingeschränkt werden. Wer bisher aus der Pflichtmitgliedschaft ausstieg, durfte freiwilliges Mitglied bleiben, ohne Rücksicht auf seine Einkommensverhältnisse. Die Versicherungsberechtigung soll jetzt bei einer Einkommensgrenze von 8400 Reichsmark aufhöre, weil angenommen wird, daß bei einem derartigen Einkommen ein Versicherungsschutz nicht mehr notwendig ist. Bedenklich ist, daß der Grundlohn, nach dem sich die Beiträge und Leistungen bemessen und der augenblicklich bis zu 10 Reichsmark betragen darf, generell auf 9 Reichsmark heruntergesetzt werden soll. Dies bedeutet für weite Kreise eine Herabsetzung des Krankengeldes, für die Krankenkasse aber eine Verminderung der Beiträge, die zweifellos manchen Etat durcheinander bringen wird.

Das Krankengeld war bisher vom 4. Krankheitstage ab zu zahlen, es konnte aber schon vom 1. Krankheitstage an bezahlt werden. Hier soll generell eine Karenzzeit von vier Werktagen kommen. Bisher konnte bis zu 75% des Grundlohnes als Krankengeld gewährt werden, mindestens aber 50%. Die neue Regelung sieht vor, daß der Ledige 50% erhält. Ab 7. Woche kann der Betrag auf 60% des Grundlohnes erhöht werden. Bei Verheirateten sind ferner Zuschläge von 10% für Frau und Kinder vorgesehen, allerdings nicht über 75% des Grundlohnes hinaus.

Die Familienhilfe war bisher eine Kannbestimmung. Nun soll sie gesetzlich festgelegt werden. Versicherte, die mindestens drei Monate versichert sind, sollen für Ehegatten und unterhaltsberechtigter Kinder bis zur Dauer von 13 Wochen ärztliche Behandlung und Krankenhauspflege im selben Umfange erhalten, wie der Versicherte selbst. Die Kasse kann die Leistung auf 26 Wochen ausdehnen.

Arzneikosten. Schon bisher konnten 10% der Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel auf die Versicherten abgewälzt werden. Im allgemeinen geschah das aber nicht. Jetzt soll in jedem einzelnen Falle von dem Kranken 50 Pf. — aber nicht mehr als die Hälfte der wirklichen Kosten — bezahlt werden.

Mit großer Sorge ist ein weiterer Vorschlag entgegenzunehmen. Um unnötige Inanspruchnahme der Ärzte zu verhüten, soll bei Lösung des Krankenscheines eine Gebühr von 1 RM. erhoben werden. Bei einem Grundlohn von unter 4 RM. soll diese Gebühr ermäßigt, aber bei über 7 RM. Grundlohn erhöht werden können.

Diese Neueinführung ist untragbar. Der große Kreis schlechtbezahlter Arbeiter, kinderreicher Familien und Arbeitsloser würde hier von am härtesten betroffen; aber nicht solche, die tatsächlich die Kasse ausnützen wollen. Zudem könnte diese Gebühr große gesundheitliche Gefahren verursachen, weil viele Bevölkerungsteile dadurch praktisch von der rechtzeitigen Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe ausgeschlossen wären.

Wohl der strittigste Punkt ist die Arztfrage. Die Ärztevereinigungen betrachten immer mehr die Krankenkassen als ihre Domäne. Jedenfalls sind sie nicht ganz unschuldig an der schlechten Finanzlage mancher Kassen. Die Statistik hat erwiesen, daß die Arzthonorare im Vergleich zu den anderen Ausgaben sehr wesentlich gestiegen sind. Die Ärzte behaupten allerdings anders. Der neue Entwurf verpflichtet sie, die Kranken ausreichend und zweckmäßig zu behandeln, aber auch das Maß des Notwendigen nicht zu überschreiten. Das Reichsversicherungsamt soll weitere Sicherungen schaffen durch Ausbau des Vertrauensarzt-Systems. Augenblicklich ist mit etwa 45 000 Ärzten in freier Praxis zu rechnen. Hieron sind

zirka 35 000 in der Kassenpraxis. Für je 1000 Versicherte ist aber ein Arzt ausreichend, so daß etwa 21 000 Kassenärzte genügen könnten. Es soll nunmehr die Zulassung weiterer Ärzte durch das Oberversicherungsamt verhindert werden können, wenn die Zahl der Kassenärzte das Bedürfnis überschreitet.

Ein sogenannter Hauptauschuß für Krankenversicherung soll gebildet werden. Demselben sollen Vertreter der Spitzenvereinigungen wirtschaftlicher Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Ärzte angehören. Dieser Hauptauschuß soll Grundzüge aufstellen und Richtlinien entwerfen für die Durchführung der Krankenversicherung im allgemeinen, aber auch für die Wirtschaftlichkeit und Einfachheit, für Befestigung und Verhütung von Mißbräuchen, für Gesundheitsfürsorge, für die Errichtung und den Betrieb von Verwaltungsgebäuden, Krankenanstalten usw. Dieser Auschuß kann unter Umständen einen bedeutenden Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassenorgane bedeuten.

Diese Auslese aus den neuen Bestimmungen zeigt, daß Einzelheiten der „Reform“ sehr reformbedürftig sind. Bei den Debatten hierüber wollen wir aber nie die entgegenstehenden geschichtliche Vorgeschichte vergessen. Bei den Arbeitgeberverbänden bestand der feste Wille, die Sozialversicherung zu vernichten. Daß dieser Plan aufgeflogen werden konnte, ist — bei allen geforderten Opfern — ein Plus der Reform. Den Herrn Sozialisten muß bei ihrer Hege immer wieder entgegengehalten werden, welche Rolle ihre Leute und ihr Hauptverband der Krankenkassen spielten.

Die Ablehnung in den Kreisen der Ärzte zeigt am deutlichsten, wo Sparmaßnahmen durchzuführen wären. Bei den enormen Gebühren der Ärzte ist bei ungenügender Zulassung zu der Kassenpraxis selbstverständlich, daß die Krankenkassen in größte Bedrängnis geraten. Deshalb sollte an diesem Punkte in erster Linie mit Sparmaßnahmen eingegriffen werden. Bei kräftigem Zusatzen könnte hierdurch die beabsichtigte Einschränkung der Leistungen bestimmt vermieden werden.

## Bund Deutscher Buchbinder-Innungen und Api-Vertrag

Am 3. und 4. Juni wurde in Eisenach um den Api-Manteltarif verhandelt. Das Ergebnis war in Nr. 13 unserer „Graphischen Stimme“ ausführlich geschildert. Leider glaubte der Bund Deutscher Buchbinderinnungen (B. D. B.) den getroffenen Vereinbarungen nicht beitreten zu können. Aus diesem Grunde waren weitere Verhandlungen mit dem B. D. B. am 27. Juni in Berlin nötig. Der Api-Manteltarif ist — jeder vorurteilsfreie Mensch muß das zugeben — nicht nur der schlechteste im graphischen Gewerbe, sondern auch einer der minderwertigsten im deutschen Tarifwesen überhaupt. Nun will der B. D. B., der die in Frage kommenden strittigen Punkte als „Bereinigung“ des Tarifes ansieht, diesen noch schlechter gestalten, als er ohnehin schon ist. Es ist erklärlich, daß eine Einigung unter diesen Voraussetzungen nicht möglich war. Der B. D. B. blieb bei seinen egoistischen Forderungen — die Arbeitnehmer aber konnten eine weitere Verschlechterung nicht zulassen.

Aus welchen Gründen glaubt der B. D. B. dem Api-Tarif nun nicht beitreten zu können? Es handelt sich um die Kündigungsfrist von 14 Tagen, die der B. D. B. herabgesetzt haben will. Weiterhin will er Feiertagsbezahlung und Urlaubsgewährung abschaffen oder mindestens anders regeln. Außerdem wünscht er Änderungen im Ortsklassenverzeichnis.

Die Kündigungsfrist von 14 Tagen — so meint der B. D. B. — könne bei der heutigen Struktur unserer Wirtschaft nicht aufrecht erhalten bleiben. Sie treffe gerade die kleineren Handwerksmeister hart, da die größeren Betriebe in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Tarifes die Kündigungsfrist ändern könnten, was den Mitgliedern des B. D. B. nicht möglich sei. Von Arbeitnehmerseite kann hiergegen erwähnt werden, daß es den Gehilfen im kleinen Betrieb noch härter träfe,

wenn dem Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben wäre, ihn vielleicht mit einjähriger Kündigung auf die Straße zu setzen. Eine Verringerung der Kündigungsfrist kann daher gar nicht in Frage kommen. Es ist bedauerlich, daß bei allen Tarifverhandlungen das soziale Moment auf Seiten der Arbeitgeber nicht beachtet wird. Man reißt von der eigenen wirtschaftlichen Not und bedenkt nicht, daß jede Wirtschaftskrise den Arbeitnehmer zuerst und zuletzt trifft. Wenn seitens des B. D. B. mehr Verständnis für die Notlage der Gehilfenschaft aufgebracht würde, hätten die zweiten Verhandlungen in Berlin nicht nötig werden müssen. In Eisenach sowohl wie in Berlin setzten sich die Vertreter der Innungen mit großem Eifer dafür ein, die Bezahlung der Feiertage und Ferien abzusichern. In Berlin wollte man zum wenigsten eine andere Regelung dieser Tarifbestimmungen erreichen. Daß diese andere Regelung sich zum Schaden der Arbeitnehmer ausgedehnt hätte, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Man nennt uns Buchbinder qualifizierte Arbeiter. Da ist unverständlich, daß man den Gehilfen im Buchbindergerber das nehmen will, was jeder andere graphische Arbeiter bekommt. Das Ansehen des Buchbinderstandes wird durch diese Forderungen des B. D. B. bestimmt nicht gehoben. Es erweckt den Anschein, als ob dem B. D. B. an der Achtung des Standes nichts gelegen sei.

Dann wollte man in Berlin auch den Vereinbarungen über Erreichung des Höchstlohnes mit 23 Jahren und Gewährung von 6 statt 3 Tagen Ferien bei zehnjähriger Berufstätigkeit nicht beitreten. Man suchte eben den Tarif zu „bereinigen“.

Schärfster Widerstand muß der Forderung aus Herabsetzung der Klasse 1—4 im Ortsklassenverzeichnis entgegengekehrt werden. Verschiedene Drie können im Gegenteil mit Recht höhere Entlohnung verlangen. Eine Zurücksetzung der Ortsklassen käme außerdem einer Lohnsenkung gleich, die bei den ohnedies schon niedrigen Löhnen nicht zu ertragen wäre.

Der „Allgemeine Anzeiger für Buchbinderereien“, das Organ des B. D. B., stellt in seiner Nr. 27 mit Genugtuung fest, daß es den Vertretern des Bundes in Eisenach gelungen sei, die Forderungen der Gewerkschaften auf Abänderung der Lehrlingsbestimmungen energisch zurückzuweisen. Man weiß nicht, ist es Kurzsichtigkeit oder Leichtsin, daß der B. D. B. die Lehrlingsfrage nicht tariflich geregelt wissen will. Gerade die Innungen könnten hierdurch am meisten gewinnen. Es wird soviel über Schwarzarbeit Klage geführt — aber mit der jetzigen Handhabung der Lehrlingsfrage zieht der B. D. B. sich diese Gefahr ja selbst groß. Sieht man ferner nicht die große Gefahr, die vielleicht in einigen Jahren durch Mangel an tüchtigen Facharbeitern heraufbeschworen werden kann? Mit den heutigen ständelosen Maßnahmen, die fast jeden Neuausgelernten zwingen, einem neuen Lehrling Platz zu machen, bildet man keine tüchtigen Handwerker heran. Die jungen Gehilfen liegen auf der Straße und finden in den meisten Fällen keine Beschäftigung in ihrem Handwerk. Sie ergreifen dann einen anderen Beruf — oder suchen durch Schwarzarbeit das Leben zu fristen. Durch eine vernünftige tarifliche Regelung des Lehrlingswesens wäre das alles behoben. Es käme dann auch nicht vor, daß Buchbinderlehrlinge im 4. Jahre mit 5 RM. pro Woche nach Hause gehen müssen, wie das in verschiedenen Fällen beobachtet worden ist.

Wie eingangs schon erwähnt, ist man in Berlin nicht zu einer Einigung gekommen. In neuen Verhandlungen soll sie doch noch gesucht werden. Dem B. D. B. kann jetzt schon gesagt werden, daß einer Verschlechterung des Api-Tarifes unter keinen Umständen zugestimmt werden kann. Hier und da hört man auch schon von einem neuen Reichstarif sprechen, der mit dem B. D. B. abgeschlossen werden soll. Das heißt nun gerade noch, daß zu den schon bestehenden drei Buchbinderklassen noch ein vierter dazu käme. Man käme dann aus dem Wirrwarr über Zuständigkeit, Geltungsbereich usw. überhaupt nicht mehr heraus. Ein neuer Tarif dürfte ebensowenig im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer liegen. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß man bei den nächsten Verhandlungen zu einer friedlichen Einigung kommt. Unsere Unterhändler aber kennen den Willen unserer Mitglieder. Sie werden den Plänen der Innung entgegenzutreten wissen.

Die letzten Verhandlungen lassen ahnen, wie wohl die Arbeitgeber im Buchbindergerber mit der Gehilfenschaft verfahren würden, wenn nicht die Verbände, besonders unser Graphischer Zentralverband ihnen gelegentlich auf die Finger klopfen. Es muß deshalb Aufgabe eines jeden sein, unsern Verband zu stärken, um seine Stoskraft auch für die Zukunft zu vergrößern. S. B. D.

## Ein treuer Berater!

Von einem tüchtigen Gewerkschafter wird uns geschrieben: Eins ist mir in den letzten vier Wochen klar geworden. Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ muß stärker in Arbeiter- und Angestelltenkreisen verbreitet werden. Bisher hörte ich auch schon immer wieder von Zeit zu Zeit den Ruf „Werbi für unsere Tageszeitung“, doch ehrlich gestanden — ich habe nicht so sehr darauf geachtet. Ich hatte meine Parteizeitung, mein Verbands-

organ, und damit glaubte ich auszukommen. Doch das war ein Irrtum, den ich kürzlich beim Wechsel der Regierung im Reich deutlich einsah. Der Fernliebende macht sich gar keinen Begriff davon, mit welcher Wucht plötzlich die Agitation der Sozialdemokratie einsetzte. Die Parole „Gewinnit die christlichen Arbeiter, löst sie von den Parteien des Bürgerblocks“ wurde mit einem Schlage auf der ganzen Linie befolgt. Dazu war natürlich auch eine infame Hege gegen die christlichen Gewerkschaften notwendig. Vor allem fiel man über die Führung her, und überall hörten wir christlichen Gewerkschafter dieselben Behauptungen gegen unsere Partei und unsere Gewerkschaftsführer. Die Situation war keineswegs gemühtlich. Unsere Mitglieder kamen zu mir, und ich konnte ihnen auf alle Fragen auch nicht die genügende Aufklärung geben. Vergessens sah ich meine Parteizeitung durch. Ich fand in ihr wohl eine allgemeine Abwehr gegenüber den sozialdemokratischen Behauptungen, doch war sie, wie gesagt, einmal viel zu allgemein und auch viel zu schwach gegenüber dem sozialdemokratischen Ansturm. Zwar hatte ich schon manchen Strauß mit den Genossen gekämpft, und ich kenne sonst keine Scheu, wenn ich mit ihnen debattiere; aber jetzt ging ich deshalb ungenut und mit Zagen zur Arbeitsstelle, weil ich ohne genügendes Material den Genossen nicht standhalten konnte. Ich merkte, wie ich an Anhang und Ansehen verlor.

Mit Sorgen ging ich zu dem Vorsitzenden meiner Ortsgruppe, obgleich er etwa eine Viertelstunde von meiner Wohnung entfernt wohnt. Nachdem ich mich gründlich ausgesprochen hatte, reichte er mir eine Anzahl Exemplare des „Deutschen“. Ich nahm sie gegen das Versprechen, sie wieder zurückzutragen, mit nach Hause. Den ganzen Sonnabend und einen guten Teil des Sonntags habe ich gebraucht, um den „Deutschen“ zu lesen, und je länger ich las, um so leichter und froher wurde mir ums Herz. Nachdem ich mir noch ein paar Notizen gemacht, brachte ich meinem Vorsitzenden die Zeitungen zurück. Nun wußte ich auch mit einemmal, warum unser Vorsitzender stets so gut unterrichtet war. Wie oft hatte ich mich im stillen über sein Wissen gewundert. Ich ging in den nächstfolgenden Tagen jeden Vormittag zur Wohnung des Vorsitzenden, las den „Deutschen“ und ging dann mittags zur Arbeit, und von der Zeit an bin ich mit den Genossen glänzend fertig geworden, so fertig geworden, daß sie es gar nicht mehr wagten, mit mir über Politik und Gewerkschaftsfragen zu reden. Sie sind recht kleinlaut geworden, meine übrigen Arbeitskameraden hören mir heute wieder mit Vertrauen zu. Ich habe aber eingesehen, daß ein Vertrauensmann unbedingt auch den „Deutschen“ lesen muß, wenn er die Mitglieder bei der Stange und die Genossen in ihren Schranken halten will.

## Bezirkskonferenz Bayern

### Kempten im Allgäu

Die Tagung, die am 29. Juni im katholischen Gesellschaftshaus stattfand, wurde um 1/10 Uhr von Bezirksleiter Steinhardt, München, eröffnet. Er entbot allen Delegierten und Gästen herzlichen Willkommensgruß; ganz besonders begrüßte er unsern Zentralvorsitzenden, Kollegen Hornbach, Gewerkschaftssekretär Egger als Vorsitzender des Ortsrats Kempten und Kollegen Reggel vom Gutenberg-Bund.

Am Vorabend hatte die Ortsgruppe einen wohlgeleiteten Begrüßungsabend veranstaltet. Kollege Steinhardt hob einzelne Programmpunkte ganz besonders hervor und sprach der Ortsgruppe, insbesondere dem Vorsitzenden, Kollegen Waldenmaier, den herzlichsten Dank aus. Er betonte, daß Delegierte und Gäste von diesem Empfang den allerbesten Eindruck gewonnen hätten.

Sekretär Egger betonte, daß zum ersten Mal eine Konferenz von ganz Bayern in Kempten tagte; er hieß die Teilnehmer herzlich willkommen und wünschte den Beratungen besten Erfolg.

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

1. Bürowahl;
2. Protokoll der vorjährigen Konferenz;
3. Berichte des Bezirksleiters und der Ortsgruppen;
4. Referat des Zentralvorsitzenden Hornbach über die tarifpolitische Lage unserer Zukunftsaufgaben;
5. Neuwahl des Bezirksvorstandes;
6. Anträge;
7. Verschiedenes.

Die Bürowahl ergab als 1. Vorsitzenden Bezirksleiter Steinhardt, als 2. Vorsitzenden Kollegen Waldenmaier und als Schriftführer Kollegen Reigel.

Das Protokoll der vorjährigen Konferenz wurde nach einer kleinen Berichtigung über den Mitgliederstand Regensburg genehmigt.

Zu Punkt 3 schloß Kollege Steinhardt die Verhältnisse im Bezirk. Der Arbeitsmarkt sei noch einigermaßen zufriedenstellend; zur Zeit haben wir 7% Arbeitslose. Für den Herbst sei eine kleine Besehung zu erwarten. Der Mitgliederzuwachs sei gut, es seien aber schon noch Orte vorhanden, wo noch mehr zu holen sei. Erfreuliche Erfolge wurden dagegen im Badien erzielt. — Zur

Statistik über Betriebsräte betonte er, daß mit eigenen Listen durchweg mehr erzielt werde als mit Kompromissen. Das Verhältnis zum Gutenberg-Bund sei teilweise noch ein ziemlich loses. Eine gemeinsame Konferenz im Herbst soll hier Wandel schaffen. Die Zeit der tariflichen Ruhe müsse nunmehr an allen Orten zu verstärkter Werbearbeit benötigt werden.

Die Berichte der einzelnen Ortsgruppen waren recht interessant. Fast durchweg wurden die großen Schwierigkeiten bei Gewinnung neuer Mitglieder hervorgehoben, so besonders in Lithographie- und Steindruckgebieten, wo durch die monopolartige Stellung der Roter sehr schwer zu arbeiten sei. Trotzdem wurden auch hier Erfolge erzielt. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die guten Urlaubs- und Pensionsverhältnisse in Donauwörth.

Kollege Steinhardt begrüßte den inzwischen erschieneenen Kollegen Wächter aufs herzlichste und dankte ihm für sein Interesse, das er als Gründer der meisten bayerischen Ortsgruppen noch heute unserer Sache entgegenbringe.

Zu den Berichten der Ortsgruppen führte er aus, daß — trotz aller Schwierigkeiten — die bayerischen Ortsgruppen auf der Höhe seien.

Ebenso ging Kollege Hornbach auf die Verhältnisse im Einzelnen ein. Er sprach besonders auch über die Gefängnis- und Anstaltsarbeit, berührte das Verhältnis zum Gutenberg-Bund und bot interessante Vergleiche mit den Verhältnissen im Rheinland, wo durch rüchgratstarkes Verhalten gegen die Freien schon viel erreicht worden sei. Besonders dankte er den Kollegen Page und Niebling, die wohl unter den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen haben.

Nach dem gemeinsamen Mittagmahl erstattete Zentralvorsitzender, Kollege Hornbach, sein Referat. Er führte aus, daß für sämtliche Mitglieder unseres Verbandes tarifliche Abmachungen vorhanden seien, außerdem bestes Hausakkordbarriere in Kovelar und Regensburg. Er schilderte eingehend die großen Schwierigkeiten bei Tarifverhandlungen und betonte, daß man oft, um Kürzungen hintanzuhalten, froh sein müsse, das Bestehende zu erhalten. Er geißelte das Verhalten der sozialdemokratischen Presse zu den Verhandlungen in der westdeutschen Metallindustrie und wies nach, daß gerade der christliche Metallarbeiterverband es war, der die Arbeiterkraft vor größeren Schäden bewahrte. Deutschland mache zur Zeit eine furchtbare Krise durch und es spreche Bände, wie wenig Verständnis z. B. bei den Beamten für das Reichsnotopfer vorhanden sei. Das deutsche Volk könne sich nicht mehr vor lauter Egoismus. Er rechtfertigte in diesem Zusammenhang die Stellungnahme Siegerwalds bei der feinerzeitigen gewaltigen Beamtenbesoldungsreform. Wir müssen uns dagegen wehren, daß alles auf den Schultern der Arbeiter ausgegossen werden soll.

Wichtig für die Ortsgruppenleiter sei es, das ganze Jahr über Material zu sammeln, um es den Verbandsinstanzen zu unterbreiten, die es bei Tarifverhandlungen verwerten können. Er empfahl besonders auch das Studium der über 2000 Akkord-Tarifpositionen. Wichtig sei das Lehrlingsproblem; dem Berufse dürfen nicht zu viele Leute zugeführt werden, ebenso sollen nach Möglichkeit Fachkurse abgehalten werden.

Er schloß mit dem Appell, durch eifrige Zusammenarbeit die Unorganisierten und Fasschorganisierten heranzuziehen, dann erst wirke sich die Verbandsarbeit zu unserm Ruß und Frommen aus.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen, die der Vorsitzende noch besonders bedankte.

Die Aussprache war allseitig. Es wurden viele Gesichtspunkte herausgehoben und unterstrichen, worüber Kollege Hornbach in seinem Schlußwort seiner Befriedigung Ausdruck verlieh.

Der Antrag Gill, Augsburg, betr. Schulanfang, soll durch den Bezirksleiter weitergeleitet werden. Ferner wurde der Bezirksvorstand ermächtigt, in Hinsicht auf die nächstjährige Generalversammlung die Bezirkskonferenz evtl. ausfallen zu lassen.

Zum Bezirksvorstand wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. An Stelle des wegen Selbständigmachung ausscheidenden Bezirkskassierers Sauer, dem der Vorsitzende herzliche Worte des Dankes widmete, wurde Kollege Wecker, München, gewählt. Als nächster Tagungsort wurde Regensburg in Aussicht genommen.

In einer Entschließung wurde gegen die Gefängnis- und Anstaltsarbeit protestiert.

Ferner wurde in einer Protestresolution gegen die egoistische Haltung der Beamtenschaft zum Notopfer, gegen den einseitigen Abbau in der Krankenversicherung und gegen die Bestrebungen nach Lohnabbau Stellung genommen.

Mit einem kräftigen Appell und herzlichsten Dankworten an unsern Zentralvorsitzenden, Kollegen Hornbach, und an die Ortsgruppe Kempten, konnte der Vorsitzende, Kollege Steinhardt, die ersprießlich verlaufene Tagung um 4<sup>00</sup> Uhr schließen.

### Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Die Arbeitslosenzahlen unseres Verbandes. Im 2. Vierteljahr folgte der anfänglichen Besserung (Opfern) sehr bald ein weiteres Nachlassen des Beschäftigungsgrades. Es entfielen auf je 100 Mitglieder:

Monat	Arbeitslose			Kurzarbeiter		
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt
April	5,3	5,9	5,6	8,3	8,2	8,25
Mai	6,8	5,2	6,0	7,8	8,4	8,1
Juni	7,8	6,0	6,9	10,5	11,9	11,2

Im Durchschnitt kamen auf je 100 Mitglieder 48,5 weibliche. Entsprechend in den ersten vier Monaten des Jahres im allgemeinen der Anteil an den Arbeitslosenziffern diesem Verhältnis, so tritt auffallenderweise vom Mai ab eine Verschiebung zu Ungunsten der Kollegen ein. Im Mai und Juni sind vergleichsweise 0,6% mehr Kollegen arbeitslos als Kolleginnen. Der Mehrtrag geht entfällt restlos auf Neuausgeleitete.

Die Arbeitskämpfe im deutschen Reich während des 1. Vierteljahres 1930. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts wurden im 1. Vierteljahr 1930 54 Arbeitskämpfe ermittelt, an denen 14 879 Arbeiter in 245 Betrieben beteiligt waren. Vergleichlich mit dem 1. Vierteljahr 1929 sowie den übrigen Quartalen des Jahres ist ein wesentlicher Rückgang der Zahl der Streikenden und Ausgesperrten, sowie der verlorengegangenen Arbeitstage durch Streik und Aussperrung feststellbar. Die Streiks entfallen vor allem auf Lohnbewegungen im Maschinenbau sowie in der Holzindustrie und im Verkehrsgewerbe, die Aussperrungen kamen in der Textilindustrie und im Holzgewerbe vor.

Ein bemerkenswertes Reichsarbeitsgerichtsurteil über die Teilnahme an gewerkschaftlichen Veranstaltungen. Auf einem sprechkräftigen Gutte mußte ein landwirtschaftlicher Arbeiter an einer Tagung seines Verbandes teilnehmen. Er reichte ein Urlaubsgesuch für einen Tag bei der Güterverwaltung ein, das unabweisbar blieb. Aus der Nichtbeantwortung des Schreibens schloß der Arbeitnehmer, daß die Güterverwaltung gegen die Wahrnehmung seiner gewerkschaftlichen Pflichten nichts einzuwenden habe, zumal wichtige Arbeiten nicht vorlägen. Er fuhr zu der Tagung und wurde bei seiner Rückkehr restlos entlassen. Er klagte auf Wiedereinstellung, und am 5. März 1930 hat das Reichsarbeitsgericht entschieden, daß die fristlose Entlassung unberechtigt war. Die Entscheidungsgründe lauten u. a. folgendes:

„Das Berufungsgericht geht davon aus, daß nach seiner Kenntnis der Verhältnisse die landwirtschaftlichen Arbeitgeber Ostpreußens zum großen Teil der Einrichtung von Betriebsräten auf ihren Besitzungen ablehnend gegenüberstehen. Es stellt weiter nach seiner Sachkenntnis fest, daß ein Arbeitnehmer, der seinen Arbeitgeber um Urlaub gebeten hat, und von ihm noch nicht endgültig entschieden worden ist, sich regelmäßig nicht für berechtigt halten wird, seinen Arbeitgeber an die Erledigung der Angelegenheit zu erinnern, sondern abwarten wird, daß der Arbeitgeber ihm Bescheid erteilt. Bei dieser Sachlage hält das Berufungsgericht den Arbeitgeber für verpflichtet, seinerseits dem Arbeitnehmer eine bestimmte Antwort zu geben und hält es für unzulässig, daß er den Arbeitnehmer bis zum letzten Augenblick im unklaren gelassen und so verhindert hat, daß der Arbeitnehmer rechtzeitig die Geltendmachung von der Ablehnung des Urlaubs in Kenntnis setzen konnte. Wenn das Landesarbeitsgericht bei dieser Sachlage die Überzeugung gewonnen hat, daß der Arbeitgeber dem Kläger nur die Möglichkeit der Teilnahme an der Tagung entziehen wollte, und daß für diese Handlungsweise, da damals keine drängenden landwirtschaftlichen Arbeiten zu verrichten gewesen wären, nicht sachliche Beweggründe, sondern nur persönliche Motive bestimmend gewesen seien, so läßt diese Auffassung einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Dasselbe gilt von der Annahme, daß unter diesen Umständen die eigenmächtige Hilfe des Klägers dem Beklagten einen ausreichenden Grund zur sofortigen Lösung des Dienstverhältnisses nicht an die Hand gegeben habe.“

Der evangelische Kirchentag zur Arbeitslosigkeit. Der deutsche evangelische Kirchentag als parlamentarische Gesamtvertretung aller deutschen evangelischen Landesverbände hat im letzten Jahrzehnt mehrfach große Kundgebungen erlassen, von denen die soziale Botschaft (Bethel 1924) noch in besonders guter Erinnerung ist. Auch die Entschlüsselung des Betheler Kirchentages zur Sonntagsruhe in Hochöfen- und Kotelbetrieben gegen das Dammwälder System sowie die 1927 in Königsberg gefassten Entschlüsselungen zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, in Bäckerei- und Konditoreibetrieben und in der Handwirtschaft haben feinerzeit weitgehende Beachtung gefunden. Als nunmehr der Kirchentag Ende Juni 1930 in Nürnberg verammelt war, wurde in seinem

Sozialen Ausschuss als aktuelles Problem die Arbeitslosigkeit mit ihren sittlichen Gefahren und seelischen Nöten eingehend erörtert, worauf die Vollversammlung folgende Entschlüsselung annahm:

„Mit ernster Sorge sieht der deutsche evangelische Kirchentag die wachsenden wirtschaftlichen Nöte des deutschen Volkes, insbesondere die Massenarbeitslosigkeit. Da diese wirtschaftlichen Nöte große seelische Not und sittliche Gefahren für unser Volksleben mit sich bringen, sieht sich der Kirchentag verpflichtet, mit allem Ernst von den verantwortlichen Stellen in Reich und Ländern zu verlangen, daß zur Behebung dieser Not das äußerste getan wird, insbesondere zur Beschaffung von Arbeit. Der Kirchentag gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sich in erster gemeinsamer Arbeit um Lösung dieser Lebensfrage bemühen.“

Der Kirchentag legt allen Gliedern der evangelischen Kirche mit ernstem Nachdruck die sittliche Verpflichtung nahe, die notwendigen Opfer zu bringen, um die darbedenden Volksgenossen durch diese Notzeit hindurchzubringen. Dazu gehört auch, daß das ganze deutsche Volk sich eine Vereinfachung der Lebensführung auferlegen muß. Die Führer des Volkes müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Unnötiger Aufwand muß im persönlichen und öffentlichen Leben verschwinden und äußerste Sparsamkeit an seine Stelle treten.

Unsere Gemeinden und ihren Gliedern wird ans Herz gelegt, aller lieblosen und unberechtigten Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, denen es nicht an Willen zur Arbeit mangelt, sondern an der Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsgelegenheit. Den arbeitslosen Volksgenossen bringt der Kirchentag sein tiefes Mitgefühl für ihre Notlage entgegen in der festen Zuversicht, daß gegen Verzweiflung und Verbitterung die Kräfte des Evangeliums sich mächtig erweisen werden.“

K. Duden, Duisburg.

### Allgemeine Rundschau

Kräftige Selbsthilfe. In Zeiten wirtschaftlicher Depression ergeben sich mehr denn je ernsthafteste Überlegungen nach kräftiger Selbsthilfe. Der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, gerichtet auf Verbesserung und Aufhebung der Arbeitsverhältnisse sind Schranken gesetzt. Vielmehr bleibt jetzt die Tätigkeit darauf beschränkt, Bestehendes zu erhalten, Verschlechterungen abzuwehren. Der in Zeiten guter Geschäftslage geschaffene Schutztariflicher, gefestigter oder sonstiger Art muß jetzt erst recht voll und ganz ausgedehnt werden. Wenn trotz schlechterer Wirtschaftslage die Arbeiterschaft davor beharrt bleibt, Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse hinnehmen zu müssen, so ist das doch greifbarer Beweis von kräftiger Selbsthilfe. In der vorgewerkschaftlichen, in der vortariflichen Zeit waren wesentliche Verschlechterungen die erste fühlbare Auswirkung der Wirtschaftskrisis. Nicht genug kann daher getan werden, allen Arbeitnehmern die große Bedeutung kräftiger Selbsthilfe überzeugend vor Augen zu führen.

Wir sehen bei den anderen Ständen, wie ganz besonders auch in den Zeiten ihrer Notlage mit um so größerer Kräftigkeit Anstrengungen gemacht werden für Verbesserung der Verhältnisse. Seit Jahren hören wir von der Notlage der Landwirtschaft. Nicht nur beschränkt man sich auf kräftige Selbsthilfe, sondern auch die Staatshilfe wird kräftigstens in Anspruch genommen und selbst auf Kosten anderer von ihr weitestgehende Hilfe verlangt. Aus dem Mittelstand sind es die verschiedensten Gruppen, Handwerker, Hauseigentümer, Händler, Beamten, die immer wieder ihre Notrufe vernehmen lassen und alle Mittel der Selbsthilfe anwenden. Und wer kennt nicht die Notlage „der Wirtschaft“, wie sie insbesondere von führenden Kreisen der Wirtschaft meistens grau in grau an die Wand gemalt wird.

Die Arbeiterschaft kann eigentlich hier noch recht viel lernen. Sie kann sehen, wie auch in Zeiten der Not unentwegte Selbsthilfe angebracht ist. Nicht genug kann von der Arbeiterschaft aller Welt ihre Notlage dargestellt werden. Nicht eindringlich genug kann die Arbeiterschaft aufgerufen werden zu kräftiger, besonnener Selbsthilfe. Die anderen Stände verstehen das besser. Sie verstehen, ihre besonderen Selbsthilfemittel anzuwenden und sie auszubauen. Da vernehmen wir beispielsweise: „Mit der Hilfe, die wir dem Mittelstand gewähren, helfen wir dem gesamten Wirtschaftsleben unserer Stadt, tragen mit dazu bei, unser Volk und Vaterland hinauszuführen aus den tiefen wirtschaftlichen Bedrängnissen, in die der Krieg und die Nachkriegszeit uns hinein gebracht haben. Wir leisten damit auch eine Erziehungsrbeit an unserem Volk: Wir zeigen dem Volk, daß wir nur durch kräftige Selbsthilfe und ein unentwegtes Selbstvertrauen in die fleißige Arbeit, die Wirtschaft des ganzen Staates in die Höhe bringen können, und daß ein Staat nur dann in der Lage ist, dem Volk zu helfen, wenn das Volk dem Staate die hierzu nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Nicht Staatshilfe, sondern Selbsthilfe, das war der große Gedanke, der den Begründern der Genossenschaften Raiffeisen und Schulze-

Deligisch vorschwebte: Selbsthilfe, das soll auch weiterhin der Leitgedanke sein unserer Genossenschaft und unserer Bank.“

Gewiß Worte, deren gesunder Kern auch von der Arbeiterschaft weitgehendst beherzigt werden muß. Was dem Mittelstand, was den anderen recht ist, soll der Arbeiterschaft billig sein. Kräftige Selbsthilfe auch durch Ausbau der wirtschaftlichen Unternehmungen muß das Ziel der Arbeiterschaft sein. Betrachtet man die gewirtschaftliche Selbsthilfe der anderen Stände, so kann nicht laut und vernehmlich genug auf die eigenen Banken der Arbeitnehmer hingewiesen werden. Die Deutsche Volkswirtschaft als jüngstes Unternehmen kräftiger Selbsthilfe in der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung muß dann auch weitgehendste Förderung erfahren.

Preisrentung — die Aufgabe des Ingenieurs und Betriebsleiters! Zur Behebung der Abknappung in der Industrie werden die mannigfaltigsten Vorschläge gemacht, die in ihrer Tendenz alle auf eine Preisrentung abzielen. Bei sehr vielen Vorschlägen wird aber als die einzigste Voraussetzung eines Preisabbaues der Lohnabbau angenommen. Die Arbeitnehmer haben sich mit guten Argumenten gegen einen Lohnabbau gewandt und erklärt, daß ein Lohnabbau die Abfahrtslinie der Industrie nur verstärken muß. Für ihre Argumente haben die Arbeitnehmer nun in der Person des Generaldirektors Reuter der Opelwerke in Rüsselsheim eine gute Unterstützung erhalten. Die Firma Opel, die man als die deutsche Zentrale der amerikanischen Automobilfabrik General Motors ansprechen kann, schloß ihre Geschäftsjahre mit Ende Juli 1930. Bei einer Erklärung über das abgelaufene Geschäftsjahr kam Generaldirektor Reuter auch auf das heute so aktuelle Thema der Preis- und Lohnrentung zu sprechen. Er erklärte, daß man bei den Opelwerken keineswegs an eine Lohnrentung zu denken brauche, weil man der Überzeugung ist, daß ein etwaiger Lohnabbau in gar keinem Verhältnis zu den damit zu erzielenden Ersparnissen bzw. zu einem Preisabbau des Fertigfabrikats stünde. Die Kosten für das Fertigfabrikat zu senken sei lediglich Sache einer intensivierte Organisation, also eine Frage des Ingenieurs und Betriebsleiters.

Kampf den hohen Preisen. Gemeinsamer Angriff der christlichen Gewerkschaften und der Konsumvereine. Die Führer der christlichen Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften tagten gemeinsam in Berlin. Sie nahmen Stellung zu den brennenden Wirtschaftsnöten der Gegenwart. Reichstagsabgeordneter Dr. Deffauer hielt ein Referat über die deutsche Wirtschaft und Preisrentung. Die Tagungsteilnehmer waren der einstimmigen Meinung, daß ein allgemeiner und mit größter Beschleunigung durchgeführter Abbau der Warenpreise erfolgen muß. Die Vertreter der Konsumvereine erklärten sich, den Wünschen der Gewerkschaftsvertreter folgend, bereit, ihrerseits alles zu tun, um das starke Preisgebäude ins Wanken zu bringen und die Preise der allgemeinen Lage anzupassen. Sie erwarten aber für ihr opferbereites Eintreten auch die tatkräftigste Unterstützung aller Gewerkschafter. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, die u. a. folgendes befaßt: „Als Organ der Volkswirtschaft haben Gewerkschaften und Konsumvereine die Aufgabe, an der Wiederbelebung der Wirtschaft, insbesondere auch durch Mitarbeit an der Preisrentung und Befestigungskosten in der Wirtschaft mitzuwirken. Sie lehnen aber die Bestrebungen weiter Arbeitgeberkreise ab, die nur in der Senkung der Löhne das Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrisis sehen. Notwendig ist vor allen Dingen eine Senkung der Preise und der überhöhten Zinsspanne, um so zu einer Hebung der Kaufkraft zu kommen.“

Die Konsumvereine haben in der Gegenwart eine wichtige preispolitische Aufgabe zu erfüllen. Dieser ihrer Aufgabe bewußt, haben sie in der letzten Zeit bereits erhebliche Preisberäuberungen vorgenommen und werden auch weiterhin preisrentend wirken. Die Gewerkschaften werden die Konsumgenossenschaften nachdrücklich unterstützen.“

Wohnungsnot und Wohnungsbau. Es wurden gebaut 1924: 106 502 Wohnungen, 1925: 178 930 Wohnungen, 1926: 205 793 Wohnungen, 1927: 288 635 Wohnungen, 1928: 330 000, 1929: 320 000 Wohnungen. Es fehlten 1929 noch rund 500 000 Wohnungen; dazu kommen noch rund 300 000 abbruchreife Alt- und Notwohnungen. Der jährliche Neubedarf an Wohnungen beträgt 250 000.

Reichsverband deutscher Konsumvereine. Genossenschaftstag in Duisburg. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. Köln, hält seinen 21. ordentlichen Genossenschaftstag in der Zeit vom 26. bis 28. Juli d. J. in Duisburg (Lohhalle) ab. Herr Prof. Dr. Th. Brauer, Köln, wird das Thema: „Familie und Genossenschaft“ behandeln. Verbandsdirektor Peter Schlaack, M. d. R., Köln, nimmt zu den aktuellen Fragen „Konsumgenossenschaften, Staat und Steuerbegünstigung“ Stellung. Den Bericht über Stand und Tätigkeit des Reichsverbandes gibt Verbandsgeschäftsführer Franz Schmitt, Köln.

Gleichzeitig hält die „Gepag“ eine Tagung ab, auf der Herr Prof. Dr. Beckmann, Bonn, Direktor des Instituts für Volkswirtschaftslehre der landwirtschaftlichen

Hochschule Bonn-Poppelsdorf, in einem Vortrag „Landwirtschaft und Verbraucher“ die direkten Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher untersuchen wird. Anschließend berichtet Generaldirektor Schlad, M. d. R., über den Stand und die Entwicklung der „Gepag“ in den Jahren 1929 und 1930.

Die Wahl des Tagungsortes Duisburg ist als Ehrung gedacht für die Konsumgenossenschaft „Selbsthilfe“, Mülheim (Ruhr)-Speldorf. Die „Selbsthilfe“, die zur Zeit 25 153 Mitglieder, 125 Abgabestellen und 10,8 Millionen RM. Jahresumsatz zählt, bezieht am Samstag, den 26. Juli d. J. die Feier ihres fünfundsingzigjährigen Bestehens mit einem Festakt in der Stadthalle Mülheim. Die Genossenschaft glaubt in dieser schweren Zeit von prunkvollen Jubiläumsveranstaltungen absehen zu müssen, und hat statt dessen RM. 10 000 zur Bildung eines Rotfonds für in besondere Bedrängnis geratene Mitglieder bereitgestellt.

In Verbindung mit dem 21. Genossenschaftstag finden eine „Gepag“-Ausstellung, eine Besichtigung der „Gepag“-Leinwandfabrik, Duisburg und der neuen Zentralanlagen der „Selbsthilfe“, Mülheim (Ruhr)-Speldorf statt.

Aus den Berufen

Allgemeinverbindlichkeit des Buchdrucker-Buchbinder-Tarifes

Ab schrift.

Des Reichsarbeitsministers  
IIIb 3667/147 Tar.

Berlin NW 40, den 4. Juli 1930  
Schaumbörgerstr. 35.

Entscheidung.

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt.

I. Parteien des Tarifvertrages

- a) auf Arbeitgeberseite: Deutscher Buchdruckerverein e. B.
b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands; Graphischer Zentralverband.

II. Tag des Abschlusses: 20. März 1930, Reichstarif für Buchdrucker-Buchbinder (Manteltarifvertrag mit Anlagen A und B).

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Buchbindergehilfen und Buchbindereiarbeitern in Buch- und Zeitungsdruckereien. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Buchbindereiabteilungen von Buch- und Zeitungsdruckereien, die nicht überwiegend für den Buch- und Zeitungsdruckereibetrieb Buchbinderarbeiten verrichten. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich ferner nicht auf diejenigen Buch- und Zeitungsdruckereien, die einem anderen an einem Reichstarif für das Buchbindergewerbe beteiligten Arbeitgeberverband zur Zeit dieses Vertragsabschlusses angehören.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Schlichtungsbefugnisse (§§ 12—14 des Tarifvertrages) und auf Befugnisse (§ 11 des Tarifvertrages) nur insoweit, als nicht durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juni 1930.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 1. April 1927 hat geendet.

Im Auftrag gez.: Dr. M e w e s.

Eingetragen am 8. 7. 1930 auf Blatt 7699/9732  
Ib. Nr. 3 des Tarifregisters.

Aus den Ortsgruppen

Barmen. Am 18. Juni war unsere monatliche Mitgliederversammlung. Der 1. Vorsitzende, Kollege Lautenschläger, eröffnete dieselbe mit der üblichen Begrüßung. Er gab in knappen Worten einen Bericht über die Bezirkskonferenz in Cleve. Hierauf erhielt Kol-

lege Berg von der Ortsgruppe Elberfeld das Wort, der seine Erlebnisse auf der Konferenz, sowie den Ausflug nach Nymwegen (Holland) schilderte. Er betonte besonders den großen Vorteil für den Gewerkschafter, bei einer solchen Konferenz sich mit den Kollegen anderer Ortsgruppen und Verbände auszutauschen, so neue Anregungen zu sammeln und den Blick fürs große Ganze zu schulen. Der 1. Vorsitzende teilte noch mit, daß die Kartonnagenarbeiter am 4. Juli von Ortsklasse 4 in Ortsklasse 3 einrückten. Er bedauerte die schlechten Organisationsverhältnisse derselben, die dem Verbands eine erfolgreiche Interessensvertretung sehr erschweren. Der Ferien halber findet die nächste Versammlung im September im Gewerkschaftshause statt.

Berlin. Die Versammlung unserer Ortsgruppe am Donnerstag, 26. Juni, war zahlreich besucht. Hierzu war auch Kollege K e m b ü g l e r, Dortmund, welcher zu Tarifverhandlungen hier weilte, erschienen. Besterer und Kollege S c h m i d t vom Gutenberg-Bund wurden besonders herzlich begrüßt. Der Vorsitzende, Kollege J ü r g e n s, machte einige geschäftliche Mitteilungen und erteilte dann Kollegen K e m b ü g l e r das Wort zum Vortrag: „Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitfragen.“ In einstündigen Ausführungen zeichnete der Referent ein Bild vom Aufstieg unserer deutschen Wirtschaft bis zum Ausbruch des Weltkrieges, dabei die Gestaltung der Sozialpolitik der Vorkriegszeit hervorhebend. Eingehend ging Kollege K e m b ü g l e r auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Nachkriegszeit ein und kam dann auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu sprechen. Wir leben seit langem in einer Wirtschaftskrise größten Ausmaßes. In der besten Jahreszeit zählen wir 2 1/2 Millionen Arbeitslose. Die Not der breitesten Volksschichten ist ins unbeschreibliche gestiegen. An diesen Zuständen ist nicht zuletzt der verlorene Krieg schuld. Es ist daher ungerecht, diese Kriegssorgen nicht auf alle Volksgenossen abzuwälzen. Während auf der einen Seite größte Not herrscht, ist auf der anderen Seite noch sehr oft übermütiges Wohlleben zu verzeichnen. In dieser großen Notzeit mühten alle Volksgenossen opferfreudig mitzuhelfen an der Beseitigung der ungesunden Krisenzustände. Statt dessen leben wir traffesten Egoismus. Jeder denkt zuerst an sich. Besser gestellte, von der großen Not verschonte Volksteile, machen heute in Protestversammlungen und Resolutionen gegen ein „Notopfer“. Jeder macht sich nun wieder Stimmen bemerkbar, welche glauben, die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen zu können durch Lohnabbau, Verschlechterungen der Sozialversicherung, wie überhaupt durch „Reform“ der ganzen sozialen Einrichtungen der Arbeiterschaft. Hiergegen wird sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzen. Sie hat das größte Interesse an möglichst schneller Inangbringung unserer Wirtschaft, muß es aber ablehnen, allein die notwendigen Opfer hierfür zu bringen. Für die gesamte Arbeiterschaft muß zur Zeit die Parole lauten: Stärkung der Gewerkschaften. Dadurch wird es möglich sein, den Kampf gegen die Rechte der Arbeiterschaft abzuwehren.

Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der sehr regen Aussprache unterstrichen die Redner einige besondere Ausführungen des Referenten. Man stand auf dem Standpunkt, daß ein Lohnabbau nicht in Frage kommen könne, wenn nicht die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter geschwächt werden sollte. Um diese Kaufkraft im Interesse unserer Wirtschaft noch zu heben, seien Preisreduzierungen bei den verschiedensten Waren sehr notwendig. Insbesondere mühten die gebundenen Preise recht bald eine Herabsetzung erfahren. Zur Behebung der großen Arbeitslosigkeit sei Arbeitsbeschaffung notwendiger als „Reform“ der Arbeitslosenversicherung. Reich, Länder und Kommunen mühten unbedingt mehr und größere Aufträge herausgeben. Zur Beschaffung der notwendigen Gelder sei größte Sparsamkeit in der Verwaltung notwendig. Zur angelegentlichsten „Reform“ der Krankenversicherung äußerten sich mehrere Redner eingehend. Wie der Plan zeige, würden fast nur die Versicherten getroffen. Beibehalt wurde dagegen protestiert, für jeden notwendigen Krankenschein allein eine Gebühr von 1 RM. zu zahlen. Dies treffe in erster Linie die kinderreichen Familien. Vorhandene Mängel, die auch von der Arbeiterschaft gesehen werden, beseitigt man nicht durch solche „Reformen“. Erfreulich war, daß bei allen Rednern ein starker Wille zur Stärkung der Gewerkschaften festgesetzt werden konnte. Man stand auf dem Standpunkt, daß nur eine starke geschlossene Arbeiterschaft den Abwehrkampf bestehen und weitere Erfolge erreichen könne.

Nach einem Schlusswort des Kollegen K e m b ü g l e r, welcher noch einige aufgeworfene Fragen klärte, schloß der Vorsitzende, Kollege J ü r g e n s, die anregend verlaufene Versammlung. Er bat noch besonders darum, alle Versammlungen so zahlreich wie diese zu besuchen und die vorhandenen säumigen Mitglieder ebenfalls dazu anzuhalten.

Bochum. Unsere bisherige Vertrauensmannschaft konnten wir nun in eine selbständige Ortsgruppe umwandeln. Die beschließende Versammlung am Samstag, den 5. Juli, war von einer schönen Anzahl Kollegen

besucht. Unser Bezirksleiter, Kollege K e m b ü g l e r, sprach dabei über den neuen Api-Tarif. Ebenso behandelte er sonstige interessante Fragen. Die Aufgaben unserer neuen Ortsgruppe wurden besprochen und Mittel und Wege gezeigt, wie wir in Bochum weiter vorankommen könnten. Hauptaufgabe soll sein, die Ortsgruppe der Mitgliedszahl nach weiter auszubauen. Sind die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse auch schlecht, so können wir doch noch vieles erreichen, wenn wir geschlossen zusammenstehen und zusammenarbeiten. Die Vorstandswahl fand glatte Erledigung. Vorsitzender ist Kollege H i n j m a n n, Kassierer Kollege P r e s l e r und Schriftführer Kollege P ü h. Als Versammlungsort wurde der letzte Freitag im Monat bestimmt, als Lokal das kath. Gesellenhaus, Marienstr. 14.

Breslau. Um den ausgesteuerten Kollegen eine weitere Unterstützung von der Ortsgruppe aus gewähren zu können, hatte der Vorstand einmütig beschloffen, einen Sonderbeitrag einzuführen. Die Versammlung am 28. Juni in Schönfelders Lokal trat diesem Beschlusse bei. Es hat demnach jedes arbeitende Mitglied in Klasse II und III für zwei Wochen 50 Pf., in Klasse III bis V 25 Pf. zu entrichten. (Bravo. D. R.)

Zum Schluß der Sitzung wurden noch verschiedene Schreiben verlesen und einige örtliche Angelegenheiten geregelt.

Nehem. Trotz der tropischen Hitze war unsere Versammlung am Dienstag, den 1. Juli, im Verbandslokal Wolff gut besucht. Der Vorsitzende, Heinrich K a k t u s, eröffnete dieselbe und machte einige geschäftliche Mitteilungen. Das Protokoll der letzten Versammlung, von der eifrigen Schriftführerin, Kollegin Emma B a n g e r verfaßt, wurde genehmigt. Unser Bezirksleiter, Kollege K e m b ü g l e r, behandelte dann in einstündigem Vortrag das Thema: „Der Epifienkampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Wichtige Fragen wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischer Art waren Hauptgegenstand des Vortrages. Die ausgedehnte Aussprache klärte noch manche Angelegenheiten. Dem letzten Api-Tarifabschluß stimmten die Anwesenden zu. Unter allen Umständen müsse aber verhindert werden, daß verschiedene Wünsche des Innungsbundes im Api-Tarif verankert würden. Im Buchbindergewerbe bestche heute bereits auf Grund der vorhandenen 3 Tarife große Unklarheit, diese dürfe nicht noch vergrößert werden. Der Kassierer, Kollege K a r l S c h m e l g e r, sprach über einige finanzielle Angelegenheiten. Er bedauerte besonders, daß 3 Kollegen sich nicht an ordnungsmäßige Beitragsabgaben gewöhnen könnten.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Wahlungen fanden ein bis zum 12. Juli 1930: Bingen, Wiesbaden, St. Ingbert, Eilen, Goch, Lippstadt, Weische, Baderborn, Wehrhahn, Gumbinnen, Bamberg, Jena, Köslin, Neuruppin, Pirna, Glogau, Münchberg, Striegau.

Gelder fanden ein bis zum 12. Juli 1930: Danzig, Malbom, Köln, Krefeld, Kottwitz, Köslin, Saarbrücken, Barmen, Jena, Freiburg, Pirna, Kewitz, Goch, Völsau, Glogau, Bamberg, Wehrhahn, Münchberg, Elm, Neurode, W. Giadbach, Dortmund, St. Ingbert, Bamberg, Striegau, Weische, Gumbinnen, Jena, Wiedenbr., Baderborn, Lippstadt, Augsburg, Keweler, Stühli, Tübingen, Wehrhahn, Elberfeld, Klingen, Bingen, Krumbach, Eberswalde.

Die neuen D. D. V. Manteltarife (35 Pf.) und Nachträge zum Reichsarbeitsvertrag (25 Pf.) gingen den beteiligten Ortsgruppen zu. Bestellungen auf weitere Exemplare hieher erbeten.

Achtung Kassierer! Ein angelegentliches Mitglied sucht Unternehmungen zu erlangen, die ihm die Mitgliedschaft will er verloren haben. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß an Durchkreuzende aus gegen Beschlüsse des ordnungsgemäß abgehaltenen und gestellten Mitgliedsbuches Unternehmungen ausgehen werden können.

Anschrift. Auf Antrag der Ortsgruppe Berlin wird Wilhelm Schrage, Buch-Nr. 41898, wegen Verstoß gegen Paragraph 8 des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen.

Die für diese Nummer vorgelegene Beilage „Arbeitsrecht“ ist leider erst das nächste Mal erschienen.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 29. W o c h e n b e i t r a g f ä h i g.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Helene Ged nebst Bräutigam zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Elberfeld. Unserer lieben Kollegin Hilde Bonnen nebst Bräutigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Düsseldorf.